

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 105 (1979)
Heft: 11

Illustration: Also wenn Sie mich fragen [...]
Autor: Wyss, Hanspeter

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Helvetia wohin?

Ketzerische Gedanken zur Verbesserung des eidgenössisch-demokratischen Staatswesens

Wer mit einem Auto nicht richtig umgeht, gefährdet sich selbst und die übrigen Verkehrsteilnehmer. Dieser Einsicht ist es zu verdanken, dass (nicht nur) in unserem Land ein sogenannter Führerausweis existiert. Um diese Erlaubnis zur Lenkung eines Autos zu erhalten, muss man 18 Jahre alt sein, einen Nothelferkurs absolviert sowie eine theoretische und eine praktische Prüfung bestanden haben. Es wäre schlichtweg nicht verantwortbar, wenn Leute, die zum Lenken eines Autos nicht die nötigen Fähigkeiten besitzen, mit einem vier-rädrigen, motorisierten Untersatz aktiv am Strassenverkehr teilnehmen würden.

In unserer Demokratie (sowie auch in anderen Demokratien) darf – mit wenigen Ausnahmen – jede Bürgerin und jeder Bürger nach Erreichen eines festgesetzten Alters stimmen und wählen sowie gewählt werden. Zur Erlangung des Stimm- und Wahlrechtes muss man über keinerlei Fähigkeiten verfügen, keinerlei Fähigkeiten nachweisen. Wer nicht richtig Autofahren kann, bringt andere Verkehrsteilnehmer in Gefahr. Wer nicht richtig stimmen und wählen kann (weil ihm die geistigen Voraussetzungen dazu fehlen), gefährdet unser Staatswesen offenbar nicht. Er kann sogar in ein kommunales, kantonales oder eidgenössisches Parlament gewählt werden, und das Fehlen der geistigen Fähigkeiten für die Ausübung des entsprechenden Amtes bringt unser Staatswesen – so muss man aus der allgemeinen Befürwortung dieser Praxis konsequenterweise schliessen – offenbar auch nicht in Gefahr. (Von einem Verkehrspolizisten wird zumindest verlangt, dass er die Verkehrsregeln kennt.)

Liebe Eidgenossinnen, liebe Eidgenossen, geneigte Leserinnen und geneigte Leser, so darf es nicht weitergehen. Unser Staatswesen muss von Grund auf reformiert werden, neue Strukturen sind von Nöten.

Heute machen die Reichen Politik, indem sie die Dummen – und damit die für einen Volksentscheid erforderliche Mehrheit – auf ihre Seite ziehen. Denn je mehr Geld eine

Partei hat, desto mehr Propaganda kann sie betreiben (und mit aufwendiger, guter Werbung lässt sich bekanntlich das nutzloseste Waschmittel als bestes Produkt verkaufen). Welche Parteien aber haben das meiste Geld? Gewiss doch jene, in denen die Wirtschaftsböden und ihre Vertreter sitzen, die eine für ihr Unternehmen günstige Staatspolitik erreichen wollen. Und wer fällt wohl am schnellsten und gründlichsten auf die Werbung herein? Die Dummen natürlich.

Es muss, getreue Eidgenossinnen und Eidgenossen, etwas geschehen! Das heute praktizierte System für die Staatspolitik unseres Landes führt ins Verderben! Es ist höchste Zeit, das Ruder der eidgenössischen Staatspolitik fest in den Griff zu nehmen! Die Stunde der Umkehr hat geschlagen, sie darf nicht überhört und verschlafen werden.

Aufbauend auf die politischen Grundstrukturen unseres Landes sollte jede Schweizer Bürgerin und jeder Schweizer Bürger zur Erlangung des Stimm- und Wahlrechtes eine Prüfung bestehen. Diese Prüfung setzt sich aus zwei Teilen zusammen: im ersten Teil wird staatskundliches Wissen abgefragt, im zweiten Teil müssen die Stimm- und Wahlwilligen beweisen, dass sie politische Zusammenhänge erkennen und interpretieren können. Wer sich für ein parlamentarisches Amt – sei es auf kommunaler, kantonaler oder eidgenössischer Ebene – wählen lassen will, muss vor seiner Kandidatur ebenfalls eine Prüfung bestehen, wobei diese – nach Massgabe der Ebene und der Aufgabe – erhöhte Schwierigkeitsgrade aufweist. Die Erarbeitung all dieser Prüfungen müsste durch eine interdisziplinäre Kommission erfolgen, die sich aus Poli-

tologen, Historikern, Nationalökonomern, Kommunikationswissenschaftlern und Psychologen zusammensetzt. Das Mindestalter für die Zulassung zu diesen Prüfungen müsste auf 16 Jahre festgesetzt sein. Wer eine Prüfung nicht besteht, kann sich nach Ablauf von mindestens einem Jahr nochmals prüfen lassen, jedoch höchstens dreimal.

Um der Gefahr vorzubeugen, dass in Parlamenten Staatspolitik zugunsten der Privatwirtschaft betrieben wird (wie das heute gang und gäbe ist), müsste es entweder verboten werden, dass Parlamentarier in Firmen mit über 1000 Angestellten tätig sind oder Verwaltungsratssitze besetzen; oder diese Politiker hätten kein Stimmrecht bei Angelegenheiten, die die Privatwirtschaft im engsten und weitesten Sinn tangieren. Eine entsprechende Reglementierung wäre ebenfalls von einer interdisziplinären Arbeitsgruppe zu formulieren.

Was die Parteien betrifft, so müssten sie alle über ein gleich hohes Budget verfügen, das aus Bundesmitteln gestellt wird. Aufstockungen dieses Budgets durch Privatmittel wären zu verbieten. Bei eidgenössischen Vorlagen, über welche die aufgrund bestandener Prüfung Stimm- und Wahlberechtigten zu befinden haben, müsste allen Parteien in den Zeitungen, Zeitschriften sowie am Radio und im Fernsehen für den Vortrag ihrer Argumente gleich viel Raum zur Verfügung stehen.

Liebe Miteidgenossinnen und liebe Miteidgenossen. Dieser grobe Entwurf für eine Verbesserung unseres politischen Staatssystems ist aus aufrichtiger Besorgnis um die Zukunft unseres Landes entstanden. «Zu viele Köche verderben den Brei», besagt ein bekanntes Sprichwort. In unserer Demokratie – so wäre beizufügen – kochen zu viele Leute mit, die Pfeffer und Salz nicht voneinander zu unterscheiden wissen. Die schlechte politische Suppe, die solchermassen entsteht, müssen aber alle Bürgerinnen und Bürger der Eidgenossenschaft auslöffeln. Dieser Zustand ist unhaltbar, nicht nur heute, viel mehr noch morgen, erst recht übermorgen!

